



MdL Steffen Flath
Fraktionsvorsitzender

CDU wird die innere Sicherheit nie aufs Spiel setzen

Von Steffen Flath, Fraktionsvorsitzender

Nicht erst, seitdem die Staatsregierung den Entwurf für den Doppelhaushalt 2011/2012 vorgelegt hat vergeht keine Plenarsitzung ohne Demonstrationen gegen die geplanten Kürzungen. So auch während der letzten Septembersitzung. Tausende Menschen haben vor dem Dresdener Landtag gegen den Sparkurs der Landesregierung protestiert. Die meisten von ihnen waren Polizeibeamte, die sich mit Trillerpfeifen einreihen. Ohne Zweifel, im Einzelfall ist die Kritik an den Einschnitten verständlich. Kürzungen schmerzen immer, so zum Beispiel bei freien Schulen, im Sozialbereich oder beim öffentlichen Personennahverkehr. Doch im Falle der Kritik am Stellenabbau bei der Polizei hält sich das Verständnis aus mehreren Gründen in Grenzen.

1. Kein einziger Polizist muss um seinen Arbeitsplatz bangen. Die Stellen werden sozialverträglich abgebaut. Das bedeutet, dass nicht jeder Ordnungshüter, der aus Altersgründen ausscheidet durch einen jüngeren Kollegen ersetzt wird.

2. Trotz rückläufiger Einnahmen des Landes hat sich die Regierung dazu entschlossen, jährlich und zwar bis zum Jahr 2020 genau 300 junge Polizisten eine Anstellung zu ermöglichen. Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit in Zeiten knapper Kassen.

3. Die Regierung hält lediglich an einem Beschluss fest, der bereits von der Vorgängerregierung im Jahr 2006 beschlossen worden war, nämlich 2441 Stellen abzubauen.

4. Der Abbau erfolgt nicht von heute auf morgen, sondern zieht sich über die nächsten zehn Jahre. Selbst danach wird die Polizeidichte in Sachsen immer noch höher als im Durchschnitt der westlichen Länder sein.

5. Es muss legitim sein, wenn in Milliardenhöhe die Einnahmen des Landes sinken, die in Sachsen noch sehr hohe Polizeidichte auf das Durchschnittsniveau der Flächenländer West zu senken. So kommen in Sachsen auf einen Polizisten 359 Bürger und im Durchschnitt der Flächenländer West sind es gar 433 Einwohner pro Polizeibeamten.

6. Unverantwortlich ist es geradezu, wenn der Eindruck erweckt wird, als sei durch den Stellenabbau die Sicherheitslage gefährdet. Eine derartige populistische Übertreibung spielt leichtfertig mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Mitnichten explodiert die Kriminalitätsrate in Bundesländern, wo die Polizeipräsenz deutlich geringer ausfällt als in Sachsen.

Die CDU-Fraktion wird es nie zulassen, dass die innere Sicherheit leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Im Gegenteil, Sie sorgt dafür, dass das hohe Sicherheitsniveau im Freistaat auch mit weniger Einnahmen langfristig gesichert bleibt. Bei allem Verständnis für Protest, doch die Polizeigewerkschaften drohen den Bogen zu überspannen. Eine Regierung trägt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht allein den Interessen von Gewerkschaften folgen.

Termine

28. Oktober, 17 Uhr

Fraktionsakademie, Landtag A600, Thema: Die demokratische Neugründung Sachsens

17. November 2010, 15 Uhr

Johann Amos Comenius Club Sachsen, Frauenkirche Dresden, An Bildung glauben- am Glauben bilden

Referent: Prof. DR Jan-Hendrik Olbertz

Impressum:

CDU-Fraktion
des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10
Fax: 0351- 493 54 44
E-Mail:
pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Lorenz F. Trautmann

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:

WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE

CDU-Energieexperte warnt vor Belastung energieintensiver Unternehmen

Der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg-Ludwig von Breitenbuch hat davor gewarnt, energieintensive Industrien steuerlich zu belasten. „Damit würde der industrielle Kern Sachsens gefährdet und zahlreiche Arbeitsplätze bedroht“, sagte der

CDU-Energieexperte in einer Landtagsdebatte. Gleichzeitig unterstrich Georg-Ludwig von Breitenbuch die Bedeutung der Braunkohlenutzung für Sachsen. „Sachsens Braunkohle darf in Berlin strategisch nicht unter die Räder kommen“, sagte er. Versorgungssi-

cherheit und bezahlbare sowie wettbewerbsfähige Energiepreise gebe es nur mit einem breitgefächerten Energiemix. Dazu würde neben erneuerbaren Energieträgern ebenso die sächsische Braunkohle gehören.

CDU zieht positive Bilanz zum Pflege-TÜV



Alexander Krauß Mdl,
CDU-Fraktion des sächsischen Landtages

Zwei Jahre nach deutschlandweiter Einführung des Pflege-TÜV's, zieht die CDU-Fraktion für Sachsen eine positive Bilanz. „Der Pflege-TÜV ist ein großer Schritt hin zu einer umfassenden Transparenz der Qualität in der ambulanten und stationären Pflege in Sachsen. Darüber hinaus helfen die Pflege-noten den Verbänden der Pflegekassen, defizitäre Pflege noch schneller zu erkennen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu veranlassen“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Alexander Krauß in einer Landtagsdebatte zur Pflegesituation im Freistaat. Bei allen

positiven Ergebnissen gebe es jedoch auch Defizite zu beklagen. „Dies betrifft zum Beispiel das Bewertungsverfahren. Wenn ein Patient wund lag, darf das nicht mit einer Speisekarte in großer Schriftgröße aufgewogen werden“, unterstrich der CDU-Sozialpolitiker.

Smileys für Pflegeheime

Mehr Transparenz bei der Veröffentlichung der Ergebnisse des Pflege-TÜV's kann sich die CDU-Landtagsabgeordnete Hannelore Dietzschold vorstellen. „Bei Gaststätten diskutieren wir darüber, einen guten oder bösen Smiley gut sichtbar an der Tür anzubringen. Das könnten wir für die Pflegeheime und -dienste auch übernehmen“, sagte Frau Dietzschold in der Landtagsdebatte.

Gute Noten für Sachsen

Der Pflege-TÜV wurde 2008 auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Qualität und Transparenz in der Pflege zu steigern. Dazu werden stationäre Pflegeeinrichtungen und

ambulante Pflegeanbieter durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen nach bestimmten Kriterien überprüft und die Ergebnisse veröffentlicht. Die Bewertung der jeweiligen Prüfung erfolgt dabei ähnlich wie in der Schule. Für sehr gute Ergebnisse gibt es die Note 1,0, für mangelhafte die Note 5,0. In Sachsen wurden bereits 530 ambulante und 420 stationäre Einrichtungen geprüft. Die ambulanten Einrichtungen in Sachsen liegen dabei mit einem Ergebnis von 2,2 knapp über und mit 1,8 bei stationären Einrichtungen unter dem Bundesdurchschnitt.



Hannelore Dietzschold
Mdl, CDU-Fraktion des
sächsischen Landtages

Landtag schafft Voraussetzung für neuen Personalausweis

Der Landtag hat mit seiner Zustimmung zum „Gesetz zur Ausführung des Pass- und Personalausweisgesetzes“ die Voraussetzung geschaffen, dass auch in Sachsen der neue Personalausweis ab 1. November dieses Jahres beantragt werden kann. „Da der Bund im Pass- und Personalausweiswesen die alleinige Gesetzgebungskompetenz besitzt, gab es für den Sächsischen Landtag nicht viel zu entscheiden“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Bandmann. Der neue Perso-



Volker Bandmann MdL, CDU-Fraktion des sächsischen Landtages

nalenausweis in Scheckkartenformat und mit einem elektronischen Chip werde für viele Bürger eine Bereicherung darstellen, da auch über das Internet eine einwandfreie Identifikation möglich wird, ist sich der Innenexperte sicher. Gleichzeitig wies Volker Bandmann darauf hin, dass auch mit dem neuen Gesetz die Gemeinden für den Vollzug des Pass- und Ausweisrechts zuständig bleiben.

CDU setzt Enquete-Kommission für Technologiepolitik durch

Der sächsische Landtag hat auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und FDP sowie von der SPD eine Enquetekommission für Technologiepolitik eingesetzt. Die Kommission soll Strategien entwickeln, wie Politik, Wirtschaft, Hochschulen und Forschung mittel- und langfristig die Leistungsfähigkeit der sächsischen Unternehmen verbessern können.

CDU-Wissenschaftsexperte Prof. Dr. Günther Schneider sagte, um den Anschluss an führende OECD-Staaten nicht zu verlieren und um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssten die vorhandenen Potenziale besser ausgeschöpft werden. Er verwies zugleich auf das Auslaufen der EU-Strukturfondsperiode im Jahr 2013. Danach müsse die Technologieförderung auch im Freistaat neu ausgerichtet werden.

Der Enquetekommission sollen außer 19 Mitgliedern des Landtags externe Experten angehören. Wer die Kommission leiten wird, steht noch nicht fest. Im Sommer 2012 soll das Gremium nach den Plänen seinen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen.



Prof. Dr. Günther Schneider MdL, CDU-Fraktion des sächsischen Landtages

Stellenabbau bei Polizei: Hartmann wirft Opposition Spiel mit dem Feuer



Christian Hartmann MdL, CDU-Fraktion des sächsischen Landtages

CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann hat in der Landtagsdebatte über die sächsische Polizei der Opposition und den Gewerkschaften ein Spiel mit dem Feuer vorgeworfen.

„Das was ich in den letzten Wochen an Kritik zum geplanten Stellenabbau bei der Polizei erlebt habe, war eine emotionale und populistische Überspitzung, die der Thematik nichts nutzt, aber leichtfertig mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger spielt. Es werden Geister gerufen, die wir so schnell nicht wieder loswer-

den“, sagte Hartmann im Landtag. Er widersprach dem Eindruck, dass die objektive Sicherheitslage unter dem Stellenabbau leide. Er verwies dabei auf Vergleichszahlen mit den westlichen Flächenländern. Danach kommen in Sachsen auf einen Polizisten 359 Bürger und im Durchschnitt der Flächenländer West 433 Einwohner pro Polizeibeamten. Selbst nach dem Abbau von 2441 Stellen bis zum Jahr 2020 sei die Polizeidichte in Sachsen immer noch höher als im Westen. Zudem würde die bei der Kritik völlig ignoriert, dass Sachsen bis 2020 jährlich 300 neue Polizisten einstellen würde. Dieser Einstellungskorridor sei auch Teil des Haushaltsbeschlusses der Regierung.